

GAL-Fraktion Hamburg-Nord

Fraktionsvorstand

Bussestraße 1
22299 Hamburg
Tel: (040) 511 79 19
Fax: (040) 51 22 28
fraktion@galnord.de

www.galnord.de

Hamburg, 06.04.2011

An die Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Antrag zur Bezirksversammlung am 14.04.2011

Brokdorf abschalten Atomtransporte und Katastrophenschutz offenlegen

Vorbemerkung

Die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima hat deutlich gemacht, dass auch für unwahrscheinlich gehaltene Szenarien eintreten und zu unermesslichen Folgeschäden für ganze Regionen führen können. Auch wenn deutsche Atomkraftwerke anderen Risiken ausgesetzt sind als in Japan, hat die öffentliche Diskussion der letzten Monate deutlich gemacht, dass auch hier nicht alle Fragen zur Sicherheit (z.B. im Falle von Flugzeugabstürzen oder terroristischen Angriffen) befriedigend beantwortet werden können. Insbesondere scheinen die Notkühlsysteme nicht ausreichend sicher zu sein, hier sind in den letzten Jahren die meisten Störfälle aufgetreten.

Hamburg – umgeben von Atomkraftwerken

Hamburg ist von drei Atomkraftwerken umgeben, von denen zwei – Brunsbüttel und Krümmel – zurzeit abgeschaltet sind. Aktiv ist momentan noch die 1986 in Betrieb genommene Anlage in Brokdorf, ca. 50 km von Hamburg entfernt. Diese Anlage wird unter anderem mit den besonders gefährlichen, weil plutoniumhaltigen, MOX-Brennstäben betrieben. Auch wenn der Reaktor, nach allem was öffentlich bekannt ist, bisher pannenfrei lief, ist damit zu rechnen, dass seine Störanfälligkeit mit zunehmenden Alter steigt. Mit der von der schwarz-gelben Bundesregierung durchgesetzten Laufzeitverlängerung droht die Laufzeit von Brokdorf bis 2036 ausgedehnt zu werden, der Meiler wäre dann 51 Jahre alt. Die Risiken, die in dieser Zeit durch Materialschäden, menschliches Versagen oder gar externe katastrophale Ereignisse auftreten können, sind nicht abschätzbar und auch nicht hinnehmbar angesichts der fatalen Konsequenzen, die Menschen und Umwelt in ganz Norddeutschland drohen könnten.

Hamburg-Nord im Katastrophenfall schützen

Auch der störungsfreie Betrieb eines Kernkraftwerks erzeugt Risiken an anderen Orten, die bisher kaum diskutiert worden sind. Dazu zählen Atomtransporte. Durch Hamburg-Nord führen die Güterumgebungs- und mehrere überregional bedeutsame Straßen, sodass Unfälle mit nuklearem Material nicht auszuschließen sind.

Über vorgesehene Maßnahmen zur Katastrophenabwehr im Falle eines nuklearen Unfalls auf Verkehrswegen oder eines schweren Reaktorunfalls in Brokdorf ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt. Der Katastrophenschutz steht in Hamburg unter Leitung des Staatsrats der Innenbehörde, das Bezirksamt ist mit einem Regionalen Katastrophendienststab ebenfalls zuständig.

In einer aktuell im Internet abrufbaren Broschüre der Behörde für Inneres (Stand: 2005) zum Thema Katastrophenschutz heißt es: „Die bei den Bezirksämtern gebildeten Regionalen Katastrophendienststäbe sind

für alle Planungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bevölkerung zuständig. Sie gewährleisten die regionale Warnung und Information sowie die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Bevölkerung bei Räumung und / oder Evakuierung.“ Des Weiteren wird aus der Broschüre deutlich, dass man sich z.B. auf Flutereignisse oder Brände in Raffinerien oder auch auf der Güterbahn vorbereitet fühlt. Unfälle mit der Freisetzung von nuklearem Material, sei es in Kernkraftwerken oder auf Verkehrswegen, werden dort nicht erwähnt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord spricht sich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung und Produktion von Atomenergie aus. Darum wird die Vorsitzende der Bezirksversammlung gebeten, sich bei allen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass
 - a. Die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel nicht wieder in Betrieb gehen
 - b. Das Kernkraftwerk Brokdorf zum frühestmöglichen Termin abgeschaltet wird.
2. Die zuständige Fachbehörde wird gebeten, eine/n Vertreter/in in den Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz zu entsenden, um dort über Umfang und Gefahrenpotenzial der auf Schiene und Straße durch Hamburg-Nord laufenden Transporte mit nuklearem Material zu berichten.
3. Die Bezirksverwaltung wird gebeten, vor dem gleichen Ausschuss über die Katastrophenabwehrmaßnahmen zu berichten, die im Falle einer atomaren Kontamination (Luft/Wasser/Boden) lokaler oder großflächiger Art vorgesehen sind. Bei Bedarf soll auch hier ein/e Vertreter/in der Innenbehörde mit hinzu gezogen werden.

Michael Werner-Boelz
Ulrike Sparr
und GAL-Fraktion